



## Höchstlöhne: Die SPD fordert, was sie gerade erst abgelehnt hat

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 29. Oktober 2007

**Zu den von Arbeitsminister Franz Müntefering und Finanzminister Peer Steinbrück (beide SPD) geforderten Höchstlöhnen erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:**

In der SPD gibt es einen schwer vermittelbaren Widerspruch zwischen Worten und Taten. Entgegen den jetzt erhobenen Forderungen haben die Sozialdemokraten im Bundestag erst vor kurzem einen Gesetzentwurf der LINKEN abgelehnt, der die Begrenzung von Managergehältern auf das zwanzigfache der Normalverdiener im Unternehmen vorschlägt.

Natürlich haben Müntefering und Steinbrück Recht, wenn sie Höchstgehälter für Manager fordern. In den Betrieben der Republik herrschen teilweise wahrhaft schandbare Zustände. Lohndumping ist für viele Unternehmensführer und Analysten zur vornehmsten Managerpflicht geworden. Es kann nicht sein, dass Hunderttausende Familien trotz Arbeit auf Sozialleistungen angewiesen sind, während die dafür verantwortlichen Manager astronomische

Gehaltszuwächse verbuchen können.

Dass die sozialdemokratischen Minister in Dampfplaudermanier wohlfeile Forderungen aufstellen und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion entsprechende Gesetzentwürfe im Parlament ablehnt, nur weil sie von der LINKEN kommen, versteht allerdings kein Mensch mehr. Für die SPD gilt mehr denn je: jetzt ist es Zeit für Taten, an denen die Menschen den angeblichen „Linksruck“ messen können.